

177 Schneekanonen zur Rettung des Winters

Seit 15 Jahren gibt es in den Waadtländer Voralpen ein Grossprojekt – für die Gegner ein Vorhaben aus einer anderen Zeit

ANNEGRET MATHARI, GENÈVE

In Skigebieten in niedrigen oder mittleren Höhenlagen fehlt es im Winter immer öfter an Schnee, wie etwa in den Waadtländer Voralpen. Die Wintersportgebiete Leysin und Les Mosses wollen daher verstärkt Kunstschnee einsetzen. Das Projekt ist seit rund 15 Jahren in Planung. Sein Träger, das Bergbahnunternehmen Télé Leysin-Col des Mosses-La Lécherette (TLML), sieht den Einsatz von 177 Schneekanonen vor.

Sie sollen die bestehenden 67 Beschneigungsanlagen in Leysin ergänzen und neu auch in Les Mosses eingesetzt werden, das sich auf dem gleichnamigen Passübergang befindet. Es ist geplant, dass das Wasser über Leitungen von insgesamt 20 Kilometern aus dem Hongrin-Stausee gepumpt wird. Nun geht es um die Baubewilligung. Bei den Gemeinden Leysin und Ormont-Dessous, zu welcher der Ortsteil Les Mosses gehört, können noch bis am Sonntag Einsprachen gegen das Vorhaben eingereicht werden.

Kein Geld für Kunstschnee

Bereits 2019 hat das Kantonsparlament während der damaligen Legislatur 11 Millionen Franken für das Projekt zugesagt, das insgesamt 20 Millionen Franken kostet. Die Zeiten ändern sich jedoch: So hat der Grossrat nun im Juni einen Rahmenkredit von 50 Millionen Franken gutgeheissen, mit dem bis 2026 ein nachhaltiges Tourismusangebot für alle vier Jahreszeiten im ganzen Kanton gefördert werden soll. Einrichtungen für Kunstschnee wurden dabei explizit ausgeschlossen.

Für die freisinnige Staatsrätin Isabelle Moret, die ihr Amt 2022 antrat, ist die Nachhaltigkeit eine Priorität der neuen Regierung. Heute erhielt ein Projekt für Schneekanonen keine finanzielle Unterstützung mehr, sagte sie der Zeitung «Le Temps». Das Ziel sei, Alternativen zum Skisport zu fördern und Aktivitäten für alle Jahreszeiten zu entwickeln.

«Der Übergang zu einem entsprechenden nachhaltigen Tourismus lässt sich jedoch nicht von heute auf morgen realisieren», erklärte Moret auf Anfrage. Das Parlament in der früheren Legislaturperiode sei der Ansicht gewesen, dass eine Umstellung in den kommenden 20 Jahren noch begleitet werden müsse. Der kantonale Rechnungshof war aller-



Die Schneesituation in Leysin, wie sie sich am 4. Januar dieses Jahres präsentierte.

DENIS BALIBOUSE / REUTERS

dings schon 2012 in einem Audit zu dem Schluss gekommen, dass die alleinige Ausrichtung auf den Wintersport aufgrund der Klimaerwärmung nicht mehr zeitgemäss sei. Er hatte bereits damals für eine Diversifizierung der Aktivitäten und deren Verteilung auf die verschiedenen Jahreszeiten plädiert.

Auf Wintersport ausgerichtet

Die Befürworter von Schneekanonen machen wirtschaftliche Gründe geltend. Nach Angaben von Armon Cantieni, Direktor des Bergbahnunternehmens TLML, ist zurzeit die ganze touristische Infrastruktur der Region vom Schneesport abhängig. Leysin und Les Mosses werden in einem guten Winter von 300 000 Skifahrern besucht. Das Bergbahnunternehmen mit seinen 230 Angestellten erwirtschaftet heute 80 Prozent seines Umsatzes von jährlich 12 bis 14 Millionen Franken im Winter.

«Es ist uns bewusst, dass eine Umstellung auf Angebote für alle vier Jah-

reszeiten nötig ist», sagte Cantieni. Der Kunstschnee sei jedoch für eine Übergangszeit nötig, bis neue Projekte bestünden. In Les Mosses sei der Schneesport im letzten Winter nur während 30 Tagen möglich gewesen. «Wir hoffen, dass wir im kommenden Frühling mit den Bauarbeiten beginnen können.» Cantieni geht davon aus, dass die Arbeiten für das Leitungssystem, die Pumpstation und die Wasserkühlung zwei Sommer lang dauern werden. Aus seiner Sicht ist das Skifahren in der Region mithilfe der Beschneigung in den kommenden 30 Jahren gut möglich. Bis dann seien die Anlagen amortisiert.

Für Jean-Marc Udriot, Gemeindepräsident von Leysin, der auch Waadtländer Grossrat (FDP) und Verwaltungsratspräsident von TLML ist, handelt es sich um ein Projekt der Zukunft. Er bezeichnete es kürzlich im Westschweizer Radio RTS als sehr sinnvoll. Für die Beschneigung der Skigebiete würden etwa 3 Prozent Wasser aus dem Hongrin-Stausee genommen. Und am

Ende des Winters kehre dieses Wasser in die Weiden und damit in die Natur zurück.

Manche Beobachter bezweifeln allerdings, dass Pisten mit Kunstschnee in einer Höhe von 1400 bis 2000 Metern über Meer noch so lange möglich sind. Der Walliser Nationalrat Christophe Clivaz (Grüne), Professor für Tourismus an der Universität Lausanne, zeigte sich gegenüber Westschweizer Medien überrascht über dieses «Projekt aus einer anderen Zeit». Auf so niedrigen Höhen werde selbst künstlicher Schnee in 25 oder 30 Jahren nicht halten.

In Moorgebieten erlaubt

Wie wichtig der wirtschaftliche Aspekt des Wintersports für die Region ist, zeigt etwa auch, dass sich Pro Natura nicht grundsätzlich gegen Kunstschnee in der Moorlandschaft von Les Mosses ausgesprochen hat. Und der kantonale Nutzungsplan des Moorgebietes von nationaler Bedeutung in Les Mosses erlaubt

dort das künstliche Beschneien. Nach Angaben von Michel Bongard, Generalsekretär von Pro Natura Waadt, forderte die Umweltorganisation einen umfassenden Ausgleich bei der Raumplanung, den der Kanton akzeptiert habe. Dazu gehörte etwa das Entfernen einer Deponie aus einem Hochmoor und eines Tennisplatzes aus einem andern Moorgebiet.

Zu den Gegnern, die nun bei den beiden Gemeinden gegen die geplanten neuen Schneekanonen Einsprache erhoben haben, zählen unter anderem die Grüne Partei aus dem Chablais und den Waadtländer Alpen, die Jungen Grünen des Kantons Waadt, Pro Natura und Anwohner. Vor dem Hintergrund der Klimanotlage dürfe ein solches Projekt nicht verwirklicht werden, noch dazu wenige Wochen nach der Annahme der Klimaschutzinitiative, so begründeten die Grünen des Chablais und die Jungen Grünen ihren Einspruch. Für die 177 Schneekanonen müssten pro Saison 250 000 Kubikmeter Wasser gepumpt werden, während die Gletscher schmelzen und es Probleme mit der Wasserversorgung gebe.

Weiter argumentierten sie, allein für das Betreiben der Kanonen würden eine bis zwei Millionen Kilowattstunden Strom benötigt – den Energieaufwand für das Pumpen des Wassers nicht eingerechnet. Ein so energieintensives Projekt sei sogar inakzeptabel angesichts der Annahme eines Rahmenkredits von 50 Millionen durch den Grossrat für die Umstellung der Ferienorte auf einen Vier-Jahreszeiten-Tourismus.

Nutzung der Berge neu erfinden

«Wir müssen unsere Gewohnheiten an unseren Planeten anpassen und nicht umgekehrt», erklärte die grüne Grossrätin und Biobäuerin Martine Gerber. Es müsse gemeinsam daran gearbeitet werden, die Nutzung der Berge zwischen Tourismus und Landwirtschaft neu zu erfinden und dabei auch Raum für wildelebende Tiere zu lassen.

Der Einspruch von Pro Natura bezieht sich insbesondere auf die Erhaltung der zahlreichen Moorgebiete in Les Mosses und oberhalb des Hongrin-Stausees, wie Bongard auf Anfrage sagte. In der derzeitigen Etappe der Baugenehmigungen seien durch die Arbeiten und Erschliessungen Auswirkungen auf die Natur sichtbar geworden, die anhand der bisherigen Planungsdokumente nicht hätten abgeschätzt werden können.

Polarisierung schadet der Demokratie

Schweizerinnen und Schweizer ärgern sich weniger über Themen als vielmehr über den Stil der Auseinandersetzung – das ist ein Grund zur Sorge

GERHARD PFISTER

«Affective Polarization» ist nun auch in der Schweiz angekommen. So lautet der Befund des Studienberichts des Instituts Sotomo im SRG-SSR-Wahlbarometer im Juni. Für 44 Prozent stellt die zunehmende Polarisierung ein Ärgernis dar.

Auch das Forschungszentrum Mercator-Forum Migration und Demokratie (Midem) der TU Dresden veröffentlichte kürzlich eine Studie dazu. Hohe affektive Polarisierung deutet darauf hin, dass die eigene Meinung emotional aufgeladen und mit Prozessen der Identitätsstiftung, der sozialen Assoziation und Dissoziation sowie mit einhergehenden Dynamiken der Abgrenzung zu anderen Gruppen verbunden sei. «Hohe affektive Polarisierung kann somit auch auf ideologische Verhärtungen, auf unzureichendes Verständnis für abweichende Einstellungen sowie auf fehlende Kompromissbereitschaft verweisen. Dann werden demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse erschwert, und ihre Akzeptanz schwindet. Das schadet der Demokratie», betont der Midem-Direktor Hans Völkler.

Schweizerinnen und Schweizer ärgern sich weniger über die konkreten kontroversen Themen, wie sie Woke-

ness-, Gender- oder Klimakleber-Gruppen vertreten, als vielmehr über den Stil der Auseinandersetzung. Weniger, was debattiert wird, als vielmehr, wie, macht Sorgen. Das ist meines Erachtens neu und bemerkenswert für die Schweiz.

Gefahr einer Spaltung

Es ist bemerkenswert, weil erstens der Stil der politischen Auseinandersetzung in der Schweiz teilweise heftiger und polemischer ist als in anderen Demokratien. Zweitens, weil Stillfragen in politischen Debatten hierzulande bisher nicht so stark thematisiert wurden wie in anderen Ländern. Als vor Jahren die Juso eine Bundesrätin mit blutigen Händen darstellten und deren persönliche Schuld an Kriegstoten insinuierten, blieb die Kritik zwar nicht aus, aber sie verklang auch bald. Als die SVP andere Parteien als Würmer darstellte, wurde auch das kritisiert. Vier Jahre später gehen andere Parteien dennoch Listenverbindungen mit der SVP ein. Die Bundesversammlung wählte zuvor den für die Kampagne verantwortlichen SVP-Präsidenten diskussionslos in den Bundesrat.

Das beginnt sich nun zu ändern. Die Polarisierung als Herausforderung der

Politik, die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft, sie sind in der Schweiz angekommen.

Wie soll die Politik die Herausforderung angehen? In seinem Buch «Die Zukunft der Demokratie» (2022) setzt sich Herfried Münkler mit dieser Frage auseinander. Er schlägt drei Massnahmen vor: Erstens müsse den sozialen Auswirkungen (welt)wirtschaftlicher Prozesse, die die Gesellschaft zu spalten drohen, entgegen gewirkt werden. Denn an die Stelle der Solidarität als Mittel des beschleunigten Aufstiegs der Mittelschicht sei die Konkurrenz getreten.

Die politische Mitte – traditionell das stabilisierende Element der parlamentarischen Demokratie – müsste wieder gestärkt werden. Zweitens müsse der politische Diskurs – vor allem in den neuen Medien, aber nicht nur dort – versachlichter geführt werden. Die Zukunft der Demokratie ist abhängig von der Demokratieaffinität der sozialen Mitte, die auf Argumentation und Sachlichkeit setzt. Insofern werde an deren Präferenz für Sachverstand und Ausgleich angeschlossen. Drittens sollte der demokratische Diskurs und Prozess stärker auf Konsensbildung ausgerichtet werden.

Die direkte Demokratie der Schweiz mit ihren stark ausgebauten Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten bietet für diese Forderungen die bestmöglichen Voraussetzungen, um die Polarisierung zu bekämpfen. Die international vergleichsweise tiefe Wahlbeteiligung um 50 Prozent in der Schweiz hat auch damit zu tun, dass hier Unzufriedenheit und Kritik in der Regel vier Mal jährlich Ausdruck erhalten können bei Abstimmungen.

Kompetenz bringt Lösungen

Wahlen alle vier Jahre sind nicht die einzige Möglichkeit, Protest gegenüber der Politik auszudrücken. Der Kampf gegen die Polarisierung ist in einer Demokratie die verantwortungsvolle Aufgabe der Parteien, die sich in der sozialen Mitte verorten. Den Kampf gewinnt man nicht, indem man den Ärger der Bevölkerung und die Probleme negiert oder tabuisiert. Sondern indem man Lösungen vorschlägt, einen sachlichen Diskurs pflegt. Sachverständnis, Kompetenz und die Kraft des Arguments bringen gerade in einer direkten Demokratie die besten Lösungen hervor.

Die direkte Demokratie, ihre Diskursregeln, der Respekt vor Institutio-

nen und der Würde jedes Menschen, gerade des andersdenkenden, sind die besten Mittel, um die Polarisierung zu schwächen. Nicht von heute auf morgen, nicht per Dekret. Aber langsam, über Jahre, im mäandernden Strom des Diskurses zwischen Politik, Gesellschaft, Interessengruppen, Medien, auch linken, rechten oder libertären Autoritäten, kurz: möglichst allen Menschen, die an der gemeinsamen Gestaltung der Schweiz interessiert sind. Das Richtige triumphiert nie schnell und laut. Aber dessen Gegner sterben aus.

Gerhard Pfister ist Nationalrat (Zug) und Parteipräsident der Mitte.

LAUTER PROBLEME

Zuwanderung, Polarisierung oder Stadt-Land-Graben: Die Schweiz hat verschiedene Herausforderungen zu bewältigen. In einer Artikelserie widmen sich verschiedene Persönlichkeiten – bekannte und weniger bekannte – einem Problem, das es zu lösen gilt.

NZZ nzz.ch/schweiz/probleme